

Angst

Vor ein paar Wochen, einen Tag nach dem Messerangriff in Aschaffenburg, kam es im deutschen Privatfernsehen zu einer außerordentlichen Szene. Das „Sat.1-Frühstücksfernsehen“ hatte Manuel Ostermann eingeladen, um mit ihm über Sicherheit und „gefährliche Orte“ in Deutschland zu sprechen. Ostermann ist erster stellvertretender Bundesvorsitzender der Bundespolizeigewerkschaft, CDU-Mitglied und wegen seiner teilweise drastischen Wortwahl umstritten – auch bei anderen Polizeigewerkschaften.

Die Sendung war live. Ein Moderator hatte Ostermann an diesem Morgen interviewt und eigentlich schon verab-schiedet, da meldete sich die Moderato-rin der Sendung zu Wort. Sie hatte zuvor ein wenig abseits zugehört, Ostermann gehörte nicht zu ihrem Teil des Pro-gramms. Jetzt aber wollte sie doch noch eine Frage stellen. Die Frau ist nicht mehr jung, über 50, und sie moderiert die mehrstündige Sendung schon seit mehr als 15 Jahren. Jetzt schien sie aufgewühlt, ihre Stimme bebte. „Ich als Mama“, be-gann sie und entschuldigte sich sogleich, dass sie so emotional war, der Anschlag „treibt mich wirklich um, und deswegen kann ich mich auch heute früh ganz schlecht konzentrieren“. Dann setzte sie noch mal an: „Kann ich mit meiner klei-nen Tochter ... es gibt so gefährliche Orte natürlich auch in Berlin ...“ Ihre Stimme überschlug sich, sie versuchte sich zu fas-sen. „Entschuldigung, mich treibt das wirklich um ... kann ich mit meiner Tochter an solche Orte noch gehen?“ Die Kamera ruhte nun auf ihrem Gesicht, ihre Züge entglitten ihr immer wieder, auch wenn sie versuchte, sich zusammen-zureißen. Sie weinte. „Was ist denn mit den Parks? Wie sicher darf ich mich jetzt fühlen? Und wie kriege ich raus, wo es denn wirklich gefährlich wird?“ Sie pres-serte die Lippen zusammen, ihr Blick fletzte den Polizisten geradezu an. Eine Art öf-fentlicher Zusammenbruch.

Und nun Ostermann, der junge, starke Polizist. Er antwortete der verzweifelten Frau, aber auch den Hunderttausenden Zuschauern zu Hause mit folgenden Worten: „Mir geht es genauso.“ Dann: „Ich will ehrlich zu Ihnen sein: Am bes-ten ist, wenn Sie genau solche Orte mei-den.“ Und dann sprach er vom „kollekti-ven Freiheitsverlust“, den „wir alle“ ge-rade erlebten, und dass „wir in Deutschland nicht mehr sicher“ seien.

Eine Szene aus dem Frühstücksferne-sen in Deutschland im Jahr 2025, mor-gens zu Kaffee und Brötchen.

Es sind in den vergangenen Monaten schreckliche Dinge passiert. Es gab sie-ben Anschläge, mit Messern und mit Autos, insgesamt sechzehn Tote und mehr als 350 Verletzte. Die Anschläge trafen mitten ins alltägliche Leben, ein Stadtteil, ein Park, Plätze und Straßen. Nicht nur die Großstädte, sondern die gewöhnlichen Städte mit gewöhnlichen Leuten. Die Opfer waren nicht ausge-wählt, es hätte jeden treffen können, es hätte einen selbst treffen können. So jedenfalls fühlt es sich für viele an, und sie wiederholen diese Worte so oder ähnlich in Zeitungen und in der Tagesschau, nach jedem Anschlag. Leser schreiben in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, sie würden sich nur noch zu zweit aus dem Haus trauen und selbst dann ständig hin-ter sich schauen, aus Angst, es könne ih-nen jemand etwas antun. Vor der Kita er-zählt ein Großvater, warum Pfefferspray besser sei als CS-Gas, um Gewalttäter ab-zuwehren. In der ZDF-Sendung „Klar-text“ sagt eine Solingerin vor der Bundes-

tagswahl zu Olaf Scholz: „Wir haben Angst. Angst, dass das so weitergeht. Ich mache mir große Sorgen um meine En-kelkinder, um meine Kinder, um meine Familie und Freunde.“ Auf Facebook schreibt eine Frau über den Clip im Frühstücksfernsehen: „Jede Mama hat Angst um ihr Kind. In so einer Zeit traut man sich nirgends mehr hin.“

Es sind starke Gefühle, die diese Men-schen umtreiben. Sie beschreiben eine Wirklichkeit in Deutschland, die ihnen schreckliche Furcht bereitet. Laut einer Umfrage aus Hannover fühlten sich 2024 nur noch 14 Prozent der Befragten nachts in der Innenstadt sicher – fünf Jah-re zuvor waren es doppelt so viele. Laut dem 16. Sicherheitsreport vom Januar hat sich das Sicherheitsgefühl der Deutschen „signifikant vermindert“. Fast jeder dritte hat Angst, als Unbeteiligter plötzlich Opfer eines Gewaltverbrechens zu werden. Drei Jahre zuvor war es nur jeder siebte.

Aber gibt es diese gefühlte Wirklich-keit so überhaupt? Der Park Schöntal in Aschaffenburg zum Beispiel war ein „ge-fährlicher Ort“. Das ist ein Rechtsbe-griff. Die Polizei gibt Orten mit hoher Kriminalität durch diesen Begriff einen rechtlichen Sonderstatus. Sie darf dort dann Personalien kontrollieren und Tä-schen durchsuchen, auch ohne konkre-ten Verdacht. Schöntal wurde von der Polizei im November wegen der Dro-genkriminalität als „gefährlicher Ort“ eingestuft – ein häufiger Grund. Es ging also um Rauschgifthandel, Drogenkon-sum und auch Beschaffungskriminalität. Das spielt sich größtenteils innerhalb des Drogenmilieus ab, manchmal greift es auch auf Unbeteiligte aus, aber selten. Das ist an anderen öffentlichen Drogen-orten in Deutschland auch so, etwa am Stühlinger Kirchplatz in Freiburg.

Der Polizeichef in Aschaffenburg sag-te damals, im November, als Schöntal als „gefährlicher Ort“ eingestuft wurde, er halte den Begriff für irreführend. Er be-deute nicht, dass ein Ort tatsächlich ge-fährlich sei und Menschen um Leib und Leben fürchten müssten. „Gefährlich“ heiße, dass an diesem Ort auffallend häu-fig das Gesetz gebrochen werde. Schön-tal sei für Bürger „objektiv sicher“. Nach dem Mord an einem Kleinkind und einem Mann mag diese Einschätzung für viele falsch klingen, aber sie stimmt im-mer noch: Der Täter war kein Dealer oder Junkie. Anschlag und „gefährlicher Ort“ hatten nichts miteinander zu tun, ihr Zusammentreffen war zufällig.

Der Polizist Ostermann hätte diesen falschen Zusammenhang klar benennen können. Er hätte dadurch Ängste einord-nen können. Aber er tat es nicht. Im Gegenteil, er verstärkte sie – wie auch vie-le Medien und Politiker. Plötzlich ver-schränkten sich die Ebenen, es wurde über die vielen „gefährlichen Orte“ in Deutschland berichtet, und damit schwang immer mit, dass es Orte sein könnten, an denen etwas wie in Aschaff-enburg passieren könnte. Wenn man das aber glaubt, dann erscheint der öffentliche Raum, dann erscheinen andere Menschen mit einem Mal als gefährlich. Das Beispiel der Moderatorin während der Livesen-dung zeigte, was mit jemandem passiert, der seine eigene Sicherheit nicht mehr einzuschätzen vermag, bei dem die Angst überhandnimmt. Der Polizist Ostermann empfahl ihr deshalb, bestimmte Orte zu meiden. Vielleicht half ihr das. Doch da-mit riet er ihr zu jenem „Freiheitsverlust“, den er doch gleichzeitig beklagte.

Solche Orte, die Leute aus Angst vor Kriminalität meiden, nennen Politik und Medien „No-go-Areas“. Auch Oster-mann benutzte diesen Begriff, ein paar Tage nach seinem Auftritt in der Früh-

stücksendung. Für ihn sind No-go-Areas „Gegenstand alltäglicher Realität“. Sie seien „sehr verbreitet“ und „kein Phänomen von Großstädten“ allein, son-dern zögen sich „bis ins Ländliche he-rein“. Ostermann betont gegenüber der F.A.S., dass es für die Polizei keine No-go-Areas gebe. Das Gesetz kann also überall und immer durchgesetzt werden, es gibt keinen rechtsfreien Raum, in dem die Kriminellen das Sagen haben. Oster-mann glaubt aber, dass es „No-go-Areas“ für „weite Teile der Bevölkerung“ gebe. „Es gibt Umfragen über Kriminalitäts-furcht, und wenn man sich mit den Men-schen unterhält, dann stellt man trauri-gerweise die steigende Angst im öffentli-chen Raum sehr deutlich fest.“ Eine No-go-Area wird ein öffentlicher Ort nach dieser Definition also nicht dadurch, dass es dort nicht sicher ist. Sondern dadurch, dass viele von ihm glauben, dass es dort nicht sicher ist. Angst ist also nicht nur eine Folge von No-go-Areas, sondern auch eine ihrer Ursachen.

Noch etwas ist interessant an dem Be-griff: Wer in No-go-Areas Angst hat, wo und weshalb, hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten ins Gegenteil verkehrt. Der Begriff setzte sich bei der Fußball-weltmeisterschaft 2006 durch. Damals hieß es, es gebe viele Orte, vor allem in Ostdeutschland, die für Ausländer nicht mehr sicher seien, wegen des wachsenden Rechtsradikalismus. Schon damals wies der Potsdamer Geograph Manfred Rol-fes darauf hin, dass es vor allem die Warnung vor diesen Orten sei, die sie zu „No-go-Areas“ mache. Die ständige Wiederho-lung im öffentlichen Diskurs nützte den Rechtsradikalen, weil sie ihre Propaganda der „national befreiten Zonen“ stärke.

Mit der Flüchtlingskrise 2015 änderte sich die Bedeutung des Begriffs. Rol-fes sieht den „Startpunkt des Aufschwungs“ in einem Artikel des „Spiegels“ aus dem Juli. Darin hieß es, Polizeikreise warnten vor der Entstehung von No-go-Areas in Nordrhein-Westfalen, und zwar in Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil. Von nun an waren No-go-Areas nicht mehr Gebiete, die für Ausländer wegen der Deutschen gefährlich waren. Son-dern umgekehrt, jetzt waren die Auslän-der die Gefahr.

Der Begriff zeichnete sich von 2015 an also durch zwei Dinge aus: Es ging vor allem um Gefühle, nicht um Fakten. Und es ging um Unsicherheit durch Ausländer. Da-durch wurde er vor allem für die AfD at-traktiv. Ihre Mitglieder benutzten den Begriff nun häufig, auch im Bundestag, und es war schwer, ihn zu widerlegen, denn es ging ja um Ängste. Wie sollte man Ängste widerlegen?

Ängste werden auch selten von den Ängstlichen selbst überprüft. Eine Mut-ter sagte mir kürzlich, ihre sechsjährige Tochter dürfe einen bestimmten Weg nicht allein zur Schule laufen, da dort „Gesocks“ herumlaufe. Der Weg führt nicht wie sonst in ihrem kleinen Ort an Einfamilienhäusern mit Trampolin und Klettergerüst vorbei, sondern an Sozial-wohnblocks für ärmere Menschen, oft mit Migrationshintergrund; es gibt dort auch eine Flüchtlingsunterkunft. Der Fußweg durch dieses Gebiet wäre kurz und ruhig. Ihre Tochter aber läuft jeden Morgen einen Umweg an einer dicht be-fahrenen Hauptstraße entlang. Und da sie nie den anderen Weg ausprobieren wird, wird die Mutter weiter glauben, der andere Weg sei unsicher.

Was passiert also tatsächlich an einem Ort, den Menschen aus Angst nicht erle-

Viele Menschen in Deutschland fühlen sich an öffentlichen Orten nicht sicher. Zu Recht?

Von Wibke Becker

ben? Was ist dort wirklich gefährlich und was nur Phantasie?

Ludwigshafen am Rhein, eine ganz normale mittelgroße Stadt, nicht Neu-kölln oder Marxloh, diese Klischees. Die AfD schreibt auf ihrer Homepage, durch die „Massenmigration“ hätten sich hier „mit der Zeit immer mehr sogenannter ‚No-Go-Areas‘ gebildet“. Frage an den AfD-Kreisvorsitzenden Johannes Thie-dig: Wo genau sind diese No-go-Areas? Er nennt nur einen einzigen Ort: den Berliner Platz, und zwar „definitiv“. Thiedig will aber eines klarstellen: dass der Begriff „nicht zwingend auf einen Kriminalitätsschwerpunkt hinweisen muss. Vielmehr geht es darum, dass die Bürger das Gefühl haben, es könnte ih-nen dort etwas passieren.“

Also, Berliner Platz, ein Freitag, es ist noch Winter, eisig kalt, Mitternacht. Ein Ort, der vor allem nicht da ist, denn sein Zentrum bildet ein großes dunkles Loch, schon seit Jahren. Ein angefangenes Bau-projekt, das niemals beendet wurde, rie-sig und einfach mittendrin. Trotzdem ist ziemlich viel los, denn an der südlichen Seite der Baugrube ist eine großen Bus-haltestelle, ein paar Meter weiter die S-Bahn-Station „Ludwigshafen Mitte“. Dazwischen: Asphalt, ein paar steinerne Sitzgelegenheiten, dünne Lichtstreifen, entfernt die Bundesstraße nach Mann-heim. Irgendwo dort, im Dunkeln, müsst-e auch der Rhein fließen.

Die Leute, die hier laufen, sitzen, ste-hen, sind jung. Die meisten noch nicht mal zwanzig. Viele wollen in die Disco, direkt an der S-Bahn-Station, da darf man schon mit 16 rein. Vor dem Eingang wartet ein ganzer Pulk, Jungs in Bomber-jacken, lockeren Hosen, breitbeinig, Mädchen mit nackten Beinen unter den Jacken. Viele hier haben Migrationshin-tergrund. Jemand zündet einen Böller, es donnert, die Menge grölt, lacht, kreischt. Wilde, übertriebene Mimik und Gestik

und Stimmen – Jugend eben. Laut, doll und irgendwie auch dumm, aber nicht unbedingt gefährlich.

Ich frage in dieser Nacht einige Stun-den herum, ob dieser Ort eine No-go-Area sei und ob die Leute hier Angst ha-ben. Die meisten sagen zu beidem so-fort: Ja! Viele, gerade die Mädchen, sagen, sie trauten sich nicht allein hier-her. Aber niemandem ist schon einmal etwas passiert. Sie haben Geschichten gehört, von Freunden, Kollegen, aus der Zeitung: Letztens wurde beim Döner einer abgestochen. Oder: Letztes Jahr wurde hier am Taxistand mal einer mit einer Machete „abgeknallt“. Oder: Mein Bruder hat einen falsch angeguckt, und dann hat der gleich ein Messer gezogen. Oder: Ein Kollege von mir ist von hin-ten in den Rücken gestochen worden mit einem Messer. Ein 19-Jähriger, groß und breit, sagt: „Man kann es ja heute nicht mehr sagen, die Politik ist ja so links geworden, aber wenn ich ganz ehr-lich bin, dann sind das hier am Berliner Platz oft Leute mit Migrationshinter-grund, die Probleme machen.“

Viele Leute mit Migrationshinter-grund sagen das auch, aber sie sagen es über Gruppen, denen sie selbst nicht an-gehören. Ein Deutscher mit Eltern vom Balkan findet, dass Ludwigshafen nicht mehr sicher sei, weil „wir uns hier Leute reinholen mit einer anderen Mentalität“. Ein Taxifahrer aus dem Irak, der 1997 als Flüchtling gekommen ist, sagt, Deutsch-land gehe den Bach runter wegen der ganzen ukrainischen Asylanten, „weil sie nichts arbeiten und nur Sozialhilfe haben wollen“. – Und nein, dass einer mit einer Machete „abgeknallt“ wurde, hier, am Taxistand, habe er nicht mitgekriegt.

Die Sicherheitsleute, die hier nachts in den Bussen mitfahren, erleben nicht viel Gewalt auf dem Berliner Platz. Für sie sind die besoffenen Obdachlosen das Problem, weil sie nachts an der Halte-stelle säßen und Ärger machten.

Was also sagt das gebückte Mensch-lein, das dort drüben von den Jugendlichen ausgelacht wird, weil es um Pfand-flaschen bittet, mit einer riesigen oran-gen Warnweste über der Brust, das wankend und leise singend weiterzieht, einen Einkaufstrolley hinter sich, ohne dass es jemand wirklich beachtet? Eine Frau ist es, 67 Jahre, norrddeutscher Ak-zent. Eine Corona-Maske hängt ihr schief im Gesicht, man sieht eigentlich nur die Augen richtig, denn Stirn und Ohren bedeckt eine Trappermütze. Leu-te glaubten oft, sie sei besoffen, sagt sie, weil sie humpelt. Aber sie habe eine ka-putte Hüfte, Arthrose. Sie habe keine Angst am Berliner Platz, ihr sei noch nie etwas passiert. Eine andere Frau habe ihr einmal erzählt, sie sei von einem Farbigen ausgeraubt worden. Aber, und das betont sie, das habe sie nur gehört, sie könne nicht sagen, ob es wirklich passiert sei.

Was weiß man also über Gewalt, die hier wirklich geschehen ist? Laut dem Polizeipräsidium Rheinland-Pfalz ist Ludwigshafen unter den fünf größten Städten seit Jahren die zweit sicherste Stadt des Landes. Der Berliner Platz wird nicht als „gefährlicher Ort“ einge-stuft. Die Anzahl der registrierten Straf-taten hat sich seit 2011 fast halbiert. Auch die der Körperverletzungsdelikte. Die Polizei fasst gegenüber der F.A.S. zusam-men: „Es gibt keine objektiven Gründe, den Berliner Platz zu meiden.“ Dass die ganze Nacht Streifenwagen patroouillie-ren, liege nicht an der Gefährlichkeit des Ortes. Sondern „um dem zum Teil vor-handenen subjektiven Unsicherheitsge-fühl, welches zum Teil auch durch die ne-gative Berichterstattung beeinflusst wird, entgegenzuwirken“.

Diesen starken Widerspruch zwischen objektiver Sicherheit und subjektivem Unsicherheitsgefühl kennt der Wissen-schaftler Dietrich Oberwittler auch aus eigenen Studien. Er arbeitet am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kri-minalität, Sicherheit und Recht und leitet dort die unabhängige Forschungsgruppe „Space, Contexts and Crime“. Er und sein Team haben Tausende Bewohner in verschiedenen Stadtvierteln in Köln und Essen befragt, wo genau sie sich ängsti-gen und welche Orte sie meiden. Es zeig-te sich, dass die Orte, die Angst machten, nur selten die Orte waren, die eher ge-fährlich waren. Es sind nicht die dunklen Ecken, die nächtlichen Parks, die Mig-rantenviertel, welche die höchste Krimi-nalität aufweisen. Es sind die Orte, an denen am Wochenende gefeiert wird, die Vergnügungsviertel, das Laute, Helle und Volle. Es sind die Orte, wo viele Menschen aufeinandertreffen, wo zusam-men Alkohol konsumiert wird.

Insgesamt nimmt Deutschland für Oberwittler eine „sehr positi-ve Entwicklung“. Kriminalität und auch die Furcht vor Krimi-nalität hätten über die letzten Jahrzehnte stark abgenommen. In der Flüchtlingskrise 2015 und nach der Pandemie sei die Furcht „kurzfristig, aber deutlich“ gestiegen. „Das hat bei vielen Menschen das immer schon vorhandene Gefühl verstärkt, dass Kriminalität zu-nimmt.“ Er und andere Wissenschaftler könnten mit einem realistischen Bild der Kriminalitätsentwicklung nicht mehr durchdringen, sagt Oberwittler. „Wenn man sagt, dass Deutschland sicher ist, und vor allem sicherer als noch vor 20 bis 30 Jahren, dann glaubt einem das keiner.“

Aber ist die Gewaltkriminalität in Deutschland nicht nun schon das dritte Jahr in Folge gestiegen? Der Wissen-schaftler sieht das als Problem an – aber er ist deshalb nicht alarmiert. Er sagt, das sei auch bei der ersten Flüchtlingswelle 2015/2016 so gewesen. „Die Zahlen sind danach schnell wieder heruntergegangen, und ich bin sicher, dass das auch dieses Mal wieder so sein wird.“ Oberwittler sieht auch, dass es bestimmte Gruppen von Migranten gibt, die durch kriminelles Verhalten auffallen, er nennt Nordafrika-ner. Seit 2022 gibt es in der Kriminalitäts-statistik einen Anstieg bei nichtdeutschen Jugendlichen. Bei ihnen haben sich die Tötungsdelikte seit 2021 verdoppelt, „aber auf sehr niedrigem Niveau“. Oberwittler sagt, es sei ein Fehler, dass viele Nichtre-gierungsorganisationen Probleme, die mit Integration einhergehen, nicht offen an-gesprochen, sondern heruntergespielt ha-ben, „sicher auch als Reaktion auf die Ins-trumentalisierung des Themas Ausländer-kriminalität durch die AfD“.

Der Wissenschaftler bezweifelt nicht, dass es unsichere Ecken und Angststrä-ume gibt, er selbst geht zum Beispiel un-tern über den Stühlinger Kirchplatz in Frei-burg. „Aber diese Orte haben sich in den letzten Jahren nicht vermehrt.“ Die An-schläge der letzten Monate haben für ihn einen „enormen Impact“ auf das Sicher-heitsempfinden der Menschen. „Spekta-kuläre Einzelfälle erzeugen immer eine kurzfristige Angst. Aber das ist eher eine öffentliche Panik.“ Für ihn haben Poli-tiker die Aufgabe, solche Ängste nicht zu bestärken, wie im Wahlkampf, sondern „geradezurücken“. Oberwittler sagt: „Wenn die Politik nicht auf ihre eigenen Erfolge hinweist, die es bei der längerfris-tigen Entwicklung der Kriminalität ja tat-sächlich gibt, sondern die Lage dramati-siert und negativer darstellt, als sie ist, dann trägt das sicher nicht zum Vertrauen der Bevölkerung in den Staat bei.“